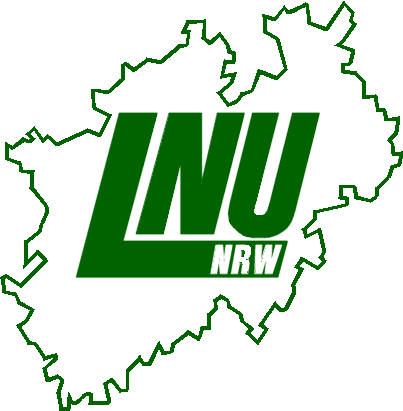
**Stellungnahme**

**zur 18. Änderung des Regionalplans Düsseldorf**

**„Änderung der Festlegungen zu Windenergieanlagen“**



Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt NRW (LNU)

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, LV NRW (BUND)

Naturschutzbund Deutschland, LV NRW (NABU)

Landesbüro der Naturschutzverbände NRW

**22. April 2025**

**Stellungnahme der nordrhein-westfälischen Naturschutzverbände Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt (LNU) und Naturschutzbund Deutschland (NABU) vom 22. April 2025 im Rahmen der 2. Öffentlichkeitsbeteiligung zum Entwurf der 18. Änderung des Regionalplans Düsseldorf: Änderung der Festlegungen zu Windenergieanlagen**

**Inhalt**

[**1.** **Gesamteinschätzung** 3](#_Toc195108271)

[**2.** **Artenschutz/ Ausweisung von Beschleunigungsgebieten** 3](#_Toc195108272)

[**3.** **Ziele und Grundsätze** 7](#_Toc195108273)

[**4.** **Hinweise zu den zeichnerisch festgelegten Windenergiebereichen** 8](#_Toc195108274)

# **Gesamteinschätzung**

Die Naturschutzverbände stellen fest, dass die zur 1. Offenlage eingebrachten Hinweise und Einwände so gut wie keine Berücksichtigung bei der Planüberarbeitung gefunden haben. Sie halten ihre Einwendungen aus der 1. Stellungnahme in vollem Umfang aufrecht.

Insbesondere die Forderungen zu Ergänzungen und vergrößerten Schutzgebiets-Abstandsregelungen bei den Ausschlusskriterien, zur Aufstellung von Restriktionskriterien, zur Berücksichtigung des Artenschutzes, die Angaben zum Vorkommen von relevanten Brut- und Rastvögeln und zur Regulierung von Positivplanungen der Kommunen werden noch einmal bekräftigt.

Der vorliegende Planentwurf sieht gegenüber dem ersten Entwurf 675 ha weniger WEB in einem Umfang von ca. 4.311 ha vor. Der Flächenwert liegt damit noch geringfügig über dem laut LEP zu erreichenden Beitragswert für die Planungsregion von 4151 ha.

Im Folgenden werden die wesentlichen Änderungen im Planentwurf bewertet.

# **Artenschutz/ Ausweisung von Beschleunigungsgebieten**

Nach dem Umweltbericht (S.142) sollen bis auf 13 Flächen (330 ha) alle WEB als Beschleunigungsgebiete ausgewiesen werden. Dies lehnen die Naturschutzverbände entschieden ab, da damit erhebliche Biodiversitätsschäden – insbesondere für kollisionsgefährdete Vogelarten in ihren Schwerpunktvorkommen – in Kauf genommen werden. Dieses Vorgehen ist mit der Verantwortung für die Umsetzung von Biodiversitätszielen nicht zu vereinbaren. Gegen die geplante Ausweisung von 92 % der WEB als Beschleunigungsgebiete bestehen erhebliche rechtliche Bedenken.

In den Beschleunigungsgebieten nach der RED III-Richtline der EU gilt für die Genehmigungsverfahren von WEA ein beschleunigtes Genehmigungsverfahren, das grundsätzlich ohne UVP, Artenschutzprüfung und FFH-VP erfolgt. Deshalb sind diese Gebiete nach den Vorgaben der Richtlinie im Rahmen einer SUP auch besonders sorgfältig und unter Nutzung aller geeigneten Datengrundlagen zur Identifikation besonders schutzwürdiger und schutzbedürftiger Bereiche auszuwählen. Die Richtlinie sieht in Artikel 15 c vor, dass die Mitgliedstaaten konfliktarme Gebiete ermitteln und ausweisen, in denen das Errichten und Betreiben von Vorhaben der Energiewende in Anbetracht der Besonderheiten des ausgewählten Gebiets voraussichtlich keine erheblichen Umweltauswirkungen haben wird. Unter diesen gebietsspezifischen erheblichen Umweltauswirkungen sind solche Umweltauswirkungen zu verstehen, die gerade in den Besonderheiten des betroffenen Gebietes wurzeln, wie bspw. in der Betroffenheit von Dichtezentren oder Schwerpunkträume bestimmter Arten. Allerdings dürfen im Rahmen der SUP bei der Bewertung, ob es zu erheblichen Umweltauswirkungen kommt, auch Maßnahmen einbezogen werden, die geplant sind, um erhebliche negative Umweltauswirkungen aufgrund der Durchführung des Plans zu verhindern, zu verringern und so weit wie möglich auszugleichen. Nach Art 15 c Abs. 1 b RED III RL müssen die Planungsbehörden in den Plänen zur Ausweisung der Beschleunigungs-gebiete zudem geeignete Regeln für wirksame Minderungsmaßnahmen festlegen, die auf der Realisierungsebene zu ergreifen sind, um mögliche negative Umweltauswirkungen zu vermeiden oder, falls dies nicht möglich ist, gegebenenfalls erheblich zu verringern. Hierdurch sollen insbesondere Verstöße gegen die FFH-Richtlinie, Vogelschutzrichtlinie sowie Wasser-rahmenrichtlinie in den Beschleunigungsgebieten weitgehend ausgeschlossen werden.

Der Regionalplanentwurf entspricht nicht diesen Anforderungen, da er zum einen geeignete Datengrundlagen zur Beurteilung der Konfliktintensität im Hinblick auf den Artenschutz bzw. das Schutzgut Tiere außerhalb von Schutzgebieten nicht vollumfänglich zur Beurteilung heranzieht. Genannt seien hier insbesondere Schwerpunktvorkommen windkraftsensibler Vogelarten oder sonstige landesweit bereits abgegrenzte/identifizierte bedeutsame Brut- und Rastgebiete und sonstige Ansammlungen, insbesondere Schlafplätze von Schwarz- und Rotmilan, die bei der gesamträumlichen Analyse zur Ermittlung von Positivflächen überhaupt nicht berücksichtigt wurden sowie die unzureichende Ermittlung vorliegender Daten zum Vorkommen windkraftsensibler Arten. Zum anderen beziehen sich die im Regionalplan festgelegten Regeln für wirksame Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen maßgeblich auf die durch das LANUV-Tool generierten „Artenschutz-Fachbeiträge“ und die darin aufgeführten Minderungsmaßnahmen. Diese Maßnahmen leiten sich jedoch nicht konkret aus den von der Ausweisung der WEB-Flächen betroffenen Artvorkommen ab, so dass erhebliche Auswirkungen auf die windenergiesensiblen Arten durch diese pauschalen, teilweise auch hinsichtlich ihrer Wirksamkeit zweifelhaften Maßnahmen der Artenschutzfachbeiträge nicht ausgeschlossen werden können. Hinzu kommt, dass die Schutzmaßnahmen durch die in den Genehmigungen zu beachtende Verhältnismäßigkeit möglicherweise nur in den Grenzen der in § 45 b Bundesnaturschutzgesetz definierten Zumutbarkeit angeordnet werden können. Dadurch werden bei der Betroffenheit windenergieempfindlicher Fledermaus- und Vogelarten neben den Abschaltungen zum Fledermausschutz häufig nicht mehr die fachlich erforderlichen Maßnahmen zum Schutz der betroffenen Vogelarten vollumfänglich angeordnet werden können, sodass durch die Realisierung solcher Planungen mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit erhebliche gebietsspezifische Umweltauswirkungen verbleiben werden. In Zusammenschau mit den Überschneidungen der Kulisse der Beschleunigungsgebiete mit den Schwerpunktvorkommen windkraftsensibler Arten im Plangebiet (insbesondere Goldregenpfeifer), die nach dem Plankonzept durch Maßnahmen ermöglicht werden sollen, ergibt sich nach der Rechtsauffassung der Naturschutzverbände ein eindeutiger Verstoß gegen die rechtlichen Anforderungen der RED-III-Richtlinie. Hier werden sehenden Auges Bereiche als Beschleunigungsgebiete ausgewiesen, in denen erhebliche gebietsspezifische Umweltauswirkungen durch die Nutzung der Windenergie verbleiben werden.

In § 6a WindBG ist festgelegt worden, dass alle Windenergiegebiete, die bis zum 19.05.2024 ausgewiesen worden sind, per Gesetz als Beschleunigungsgebiete gelten. Voraussetzung für die Anerkennung ist, dass bei der Ausweisung eine Umweltprüfung und – sofern erforderlich – eine FFH-Verträglichkeitsprüfung erfolgt ist. Zudem darf das Gebiet nicht in einem Natura 2000-Gebiet, einem Naturschutzgebiet, Nationalpark oder in der Kern- oder Pflegezone eines Biosphärenreservates liegen. Rund zwei Drittel der geplanten WEB im Planentwurf sind solche bestehenden WEB/ WEVB/ kommunalen Windenergieflächen. Der Großteil der geplanten WEB ist also auch heute schon als Beschleunigungsgebiet festgelegt. Umso wichtiger ist es, bei der Ausweisung neuer Beschleunigungsgebiete bezogen auf das Drittel an neuen WEB die rechtlichen Voraussetzungen dieser Festlegungen im Hinblick auf WEA-empfindliche Schutzgüter, insbesondere die windenergiesensiblen Arten, besonders sorgfältig zu prüfen.

Der Regionalplanentwurf leitet die Anforderungen an die Ausweisung von Beschleunigungs-gebieten aus der RED III-RL ab. In Artikel 15 c der RED III RL wird als Voraussetzung für die Ausweisung der Beschleunigungsgebiete für erneuerbare Energien genannt, dass die Nutzung einer bestimmten Art oder bestimmter Arten erneuerbarer Energie in den ausgewählten Gebieten in Anbetracht der Besonderheiten der jeweiligen Gebiete voraussichtlich zu keinen erheblichen Umweltauswirkungen führt und dass für die Beschleunigungsgebiete wirksame Minderungsmaßnahmen festzulegen sind, um mögliche negative Umweltauswirkungen zu vermeiden. Die bei der Gebietsauswahl auszuschließenden erheblichen Umweltauswirkungen werden in der Richtlinie ohne Einschränkungen angeführt, so dass davon alle gebietsspezifischen UVP-Schutzgüter umfasst sein müssten.

Die Naturschutzverbände fordern deshalb, dass im Regionalplan alle WEB, für die nach der SUP erhebliche Umweltauswirkungen auf gebietsspezifische UVP-Schutzgüter festgestellt werden, nicht als Beschleunigungsgebiete ausgewiesen werden. Dieses sollte auch aus Gründen der Rechtssicherheit des Planes nicht auf den Artenschutz reduziert werden. So sah es auch der 1. Entwurf zur 18. Änderung des Regionalplans Düsseldorf vor.

In den im Anhang C enthaltenen Prüfbögen der in der 18. Änderung des Regionalplans Düsseldorf festgelegten 168 Windenergiebereiche werden für 155 WEB die Umweltauswirkungen schutzgutübergreifend als nicht erheblich eingeschätzt und diese als Beschleunigungsgebiete zeichnerisch festgelegt. Für 37 WEB dieser als unkritisch beurteilten WEB werden jedoch in den Prüfbögen bei mindestens einem Kriterium erhebliche Umweltauswirkungen erwartet (Erholen/lärmarme Erholungsräume, regional bedeutsame Kulturlandschaftsbereiche, schutzwürdige Böden/klimarelevante Böden, Landschaftsbild). Die Umweltauswirkungen werden jedoch schutzgutübergreifend aufgrund der geringeren Gewichtung als nicht erheblich eingeschätzt.

Für 13 WEB werden schutzgutübergreifend die Umweltauswirkungen als erheblich eingeschätzt, dennoch werden diese WEB zeichnerisch – bis auf die WEB Kal03, Nie05-A1 – als Beschleunigungsgebiete festgelegt. Diese Vorgehensweise lehnen wir ab. Hier ist auch festzustellen, dass die noch nicht bereits als WEB/WEVB/FNP festgelegten Windenergiebereiche mit 95 ha angesichts des noch vorhandenen Puffers zum Flächenbeitragswert auch als WEB gestrichen werden könnten.

Damit bleibt festzustellen, dass der Regionalplan die rechtlichen Anforderungen der RED III-Richtlinie mindestens im Hinblick auf die von der Kulisse der Beschleunigungsgebiete auszuschließenden Vorkommen landesweit bedeutsamer windkraftsensibler Vogelarten nicht erfüllt.

Auch nach dem Gesetzesentwurf der Bundesregierung zur Umsetzung der RED III-RL vom September 2024 sind in Regionalplänen auszuschließen: „Gebiete mit landesweit bedeutenden Vorkommen mindestens einer durch den Ausbau der Windenergie betroffenen Art im Sinne des § 7 Absatz 2 Nummer 12 oder Nummer 14 des Bundesnaturschutzgesetzes, die auf der Grundlage vorhandener Daten zu bekannten Artvorkommen oder zu besonders geeigneten Lebensräumen ermittelt werden können.“ (§ 28 Abs. 2 ROG-E). In der Gesetzesbegründung (S. 74) heißt es dazu, dass es sich bei den zwingend von der Gebietskulisse auszunehmenden „sensiblen Gebieten“ um vom Planungsträger hinreichend klar zu identifizierende, ökologisch hochwertige oder empfindliche Gebiete handelt. „Hierbei handelt es z. B. um Dichtezentren, Schwerpunktvorkommen, Brut- und Rastgebiete, Kolonien und sonstige Ansammlungen betroffener Arten.“ Weiter heißt es in der Begründung, dass sich die für die Ausschlussbereiche von Beschleunigungsbieten relevante landesweite Bedeutung insbesondere aus Vorkommen lebensraumtypischer Arten in großen Beständen und auch aus der Verantwortlichkeit für die Art ergeben kann.

**Keine Beschleunigungsgebiete in Schwerpunktvorkommen!**

Dies bedeutet für den vorliegenden Regionalplan, dass aus der Gebietskulisse der Beschleunigungsgebiete zwingend die Schwerpunktvorkommen windkraftsensibler Vogelarten herauszunehmen sind. Die Daten zu den Schwerpunktvorkommen von Brut- und Zugvögeln sind im online-Windenergieatlas des Landes NRW in der Planungskarte Wind als Layer zum Thema Arten-schutz veröffentlicht. Nach der Potentialstudie Windenergie NRW (2022) sind die Schwerpunktvorkommen keine Tabuzonen, aber auf Grund der überdurchschnittlichen hohen Nachweisdichte sei dort mit artenschutzrechtlichen Konflikten zu rechnen. Aus Sicht des LANUV sei hier stets eine vertiefende Einzelfallprüfung (ASP, Stufe II) erforderlich (Potentialstudie 2022, S. 54), so auch die Aussage im Leitfaden „Umsetzung des Arten- und Habitatschutzes bei der Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen in NRW - Modul A“ (S. 27). Nach § 28 Absatz 1 Satz 3 der geplanten ROG-Änderung liegt eine Betroffenheit einer Art eines landesweit bedeutsamen Vorkommens dann vor, wenn durch den Ausbau der Windenergie artenschutzrechtliche Verstöße zu erwarten sind. Nichts anderes wird in der Potentialstudie Windenergie NRW (2022) für die Vorkommen in den Schwerpunktvorkommen festgestellt. Bei den Schwerpunktvorkommen handelt es sich somit um durch den Planungsträger zu identifizierende, ökologisch hochwertige / sensible Gebiete, die zwingend von der Kulisse potenzieller Beschleunigungsgebiete auszunehmen sind.

Dies gilt für den Regierungsbezirk insbesondere für den Goldregenpfeifer, der eine nicht unwesentliche Konzentration seines Rastvorkommens im Regierungsbezirk Düsseldorf in den Kreisen Kleve, Viersen, Wesel besitzt**[[1]](#footnote-1)**.

**Rastbestand Anteil am NRW-Rastbestand**

Goldregenpfeifer 154 – 303 Ind. 16 – 10,47 %

Laut Umweltbericht Anhang E (S. 11) sind 19 WEB davon betroffen mit 350 ha. Der überwiegende Anteil der Flächen mit 250 ha ist schon als Windenergiebereich ausgewiesen (WEB/WEVB/FNP) und damit als Beschleunigungsgebiet festgelegt – es besteht also bereits eine deutliche Belastung für diese Schwerpunktvorkommen. 6 WEB werden mit rd. 100 ganz neu als Beschleunigungsgebiete festgelegt. Angesichts der noch verbleibenden 160 ha, die der Entwurf über dem zu erreichenden Beitragswert liegt, könnten diese Flächen auch als WEB gestrichen werden.

**Beschleunigungsgebiete neu planen!**

Die Naturschutzverbände fordern angesichts der fehlenden direkten Wirkung der RED III Richtlinie, der bislang fehlenden Umsetzung in nationales Recht und der offensichtlich sehen-den Auges induzierten massiven Biodiversitätsschäden, auf die Ausweisung der Beschleuni-gungsgebiete für neue WEB im vorgelegten Entwurf zur 18 Änderung des Regionalplans Düsseldorf zu verzichten. Es besteht keine Notwendigkeit dafür, aufgrund des von der Landesregierung künstlich erzeugten Planungsdrucks zur vorzeitigen Erreichung/ Feststellung der Ausbauziele für die Windenergie bis Ende 2025 (LEP-Grundsatz 10.2-5) rechtsfehlerhafte Beschleunigungsgebiete im Rahmen der aktuellen Änderung vorzunehmen. Das Erfordernis für die Festlegung von Beschleunigungsgebieten ist eine Bestimmung aus der RED III-Richtlinie und zeitlich nicht an die Ausweisung von WEB im Rahmen der im LEP vorgegebene Frist zur Feststellung/Erreichung der Flächenbeitragswerte in den Regionalplänen gebunden.

Artenschutz bei der Abgrenzung/ in der Umweltprüfung der einzelnen WEB

Für den Kreis Kleve beruht die für die Flächenfestlegung verwendete Datengrundlage für die Brutvögel auf dem Brutvogelatlas NRW mit Stand 2005-2009. Seitdem hat es eine deutliche Arealausdehnung bestimmter Brutvogelarten mit deutlicher Bestandserhöhung gegeben. Diese finden sich zwar teilweise in den Kreisbeständen des LANUV wieder (https://artenschutz.naturschutzinformationen.nrw.de/artenschutz/web/babel/media/arten-kreise-nrw.pdf), aber nicht kartografisch im FIS (https://artenschutz.naturschutzinformationen.nrw.de/artenschutz/de/arten/gruppe/voegel/liste). Davon betroffen sind insbesondere die kollisionsgefährdeten Arten Rotmilan, Schwarzmilan, Seeadler, Uhu, Wanderfalke, Weißstorch, Wiesenweihe und Ziegenmelker. Auch bei Baumfalke, Flussseeschwalbe, Möwen, Rohrweihe und Wespenbussard gibt es Änderungen im Verbreitungsgebiet. Die Daten einer kreisweiten Kiebitz-Synchronzählung in 2020 werden nicht berücksichtigt, obwohl der Kreis Kleve NRW-weit nach Steinfurt der zweiwichtigste Kreis mit einer (noch) hohen Brutpaar-Dichte dieser stark gefährdeten Art ist. Dazu gibt es weitere Ausführungen in den zugesandten Unterlagen!

Zudem fehlt eine Darstellung der durch das LANUV festgelegten Feldvogelschwerpunkträume für gefährdete Brutvögel wie Feldlerche, Rebhuhn, Wachtel und Bluthänfling im Kreis Kleve.

Auch bei den Rastvögeln sind die Verbreitungskarten im FIS nicht aktuell. Dies betrifft insbesondere die Überwinterungsgebiete der „nordischen Gänse“ wie der Rastgebiete des Kiebitzes, aber auch von Limikolen wie dem Goldregenpfeifer.

Durch die Expertenrunde für den Kreis Kleve konnte die Datenbasis zwar verbessert werden (s. detaillierte Anmerkungen zu den WEB-Flächen), dies bedeutet aber nicht, dass eine Betroffenheit von weiteren Arten damit ausgeschlossen wäre.

Die von den Naturschutzverbänden dargelegten Mängel bei der Ermittlung und Festlegung der WEB lassen den Schluss zu, dass bei der Ermittlung nicht sorgfältig genug geprüft worden ist, ob WEB nicht an anderen Stellen eher hätten festgelegt werden sollen. Dafür spricht insbesondere, dass an zahlreichen Stellen im Kreis Kleve in den vergangenen Jahren WEA genehmigt worden sind, deren Standorte auch von den Naturschutzverbänden nicht als problematisch angesehen worden waren. Auch in diesen Bereichen könnten geeignetere Stellen für WEB vorhanden sein.

# **Ziele und Grundsätze**

Positivplanungen der Kommunen

Die Naturschutzverbände bringen erneut ihre Anregung für die Festlegung von Zielvorgaben für die möglichen Positivplanungen der Kommunen zur Windenergie ein, die die Ziele der Raumordnung aus der Regionalplanung konkretisieren und sicherstellen, dass zumindest keine besonders schutzwürdigen Bereiche überplant werden. Es ergibt sich keine Notwendigkeit dafür, Windkraftplanungen in kritischen Bereichen zu ermöglichen.

Die Naturschutzverbände schlagen daher das folgende Ziel vor:

***„Unzulässige Windenergienutzung außerhalb der Windenergiebereiche***

*1. Flächen für die Nutzung der Windenergie dürfen in der Bauleitplanung nicht dargestellt werden in*

* *Vogelschutz- und FFH-Gebieten,*
* *Bereichen für den Schutz der Natur (BSN),*
* *Laub- und Mischwaldbereichen,*
* *Waldbereichen von waldarmen Kommunen,*
* *Wildnisentwicklungsgebieten,*
* *Naturschutzgebieten, soweit nicht in BSN enthalten,*
* *Flächen des Biotopverbunds Stufe 1, soweit nicht in BSN/NSG enthalten,*
* *Gesetzlich geschützten Biotopen und naturschutzwürdigen Biotopkatasterflächen,*
* *Wasserschutzzonen I und II,*
* *Überschwemmungsgebieten,*
* *UZVR > 50 qkm und*
* *Moorflächen, die zur Wiedervernässung bzw. Renaturierung geeignet sind.*

*2. Bei der Darstellung bzw. Festsetzung der Flächen für die Windenergienutzung in der Bauleitplanung ist die Funktion des Arten- und Biotopschutzes sicherzustellen.“*

Zu Nr. 1. Die vorgeschlagenen kritischen Bereiche entsprechen bestimmten Ausschlusskriterien der Regionalplanungsbehörde für die Findung von WEB. Sie können also als weitgehend akzeptiert angesehen werden. Den Kommunen ist bei der Planung von Windenergiebereichen über die Bauleitplanung darüber hinaus Freiraum zur Anwendung selbstdefinierter Restriktions- und Tabukriterien gegeben, etwa zum Schutz der Wohnbevölkerung, von Erholungsbereichen etc. Damit verbleibt der Bauleitplanung ein weitgehender Gestaltungsspielraum.

Zu Nr. 2: Zusätzlich sollte die Bauleitplanung auch andere wertvolle Bereiche meiden sowie sicherstellen, dass der Arten- und Biotopschutz auch bei der Bauleitplanung für Windenergie sichergestellt wird.

Zu Ziel 3

Die Verschiebung der Regeln für Beschleunigungsgebiete und deren Formatierung als Überschrift/ Zieltext verwirrt. Es wird nicht ersichtlich, ob diese Regeln Teil des Ziels 3 sind oder als Erläuterungen gedacht sind.

# **Hinweise zu den zeichnerisch festgelegten Windenergiebereichen**

Zusätzlich zu den in der Stellungnahme zur 1. Offenlage vorgelegten Hinweisen und Beurteilungen einzelner WEB machen die Naturschutzverbände in den nach Kreisen sortierten Anhängen zu dieser Stellungnahme (Dateinamen) weitere Hinweise und Beurteilungen zum Gegenstand ihrer Stellungnahme:

Kreis Kleve: STN\_NV\_18\_Aend\_RPD\_Kreis\_Kleve\_22042025.pdf

Kreis Mettmann: STN\_NV\_18\_Aend\_RPD\_Kreis\_Mettmann\_22042025.pdf

Kreis Viersen: STN\_NV\_18\_Aend\_RPD\_Kreis\_Viersen\_22042025.pdf

1. siehe <https://artenschutz.naturschutzinformationen.nrw.de/artenschutz/web/babel/media/arten-kreise-nrw.pdf> - Stand: 9.11.2023 [↑](#footnote-ref-1)